

Der Politische Islam bedroht Frauen auch in Deutschland



Von SIGI WALKER, BPE | Laut Bundeskriminalamt werden in Deutschland jeden Tag zwei Frauen Opfer einer Gruppenvergewaltigung. Jeder zweite Tatverdächtige hat keine deutsche Staatsangehörigkeit. Häufig kommen die Männer aus islamischen Ländern wie Afghanistan, Syrien, Irak und Pakistan. Viele begehen ihre Taten sogar während des laufenden Asylverfahrens.

Dann gibt es da noch Männer, häufig Migranten, die Frauen verbal belästigen oder im Vorbeigehen auf den verlängerten Rücken schlagen. Die Liste der Angriffe auf Frauen ist bekannt und endlos lang.

Jeder, der beispielsweise in Ägypten in einem öffentlichen Bus gefahren ist, weiß, dass Frauen im Gedränge schon mal schnell zwischen die Beine oder an die Brust gegriffen wird, oder es reibt sich jemand von hinten an einem. Das ist alles bekannt und nicht nur ein ungehöriges Verhalten charakterschwacher Macho-Männer, sondern eben auch Bestandteil des Politischen Islams, um Frauen einzuschüchtern, von der Straße zu vertreiben, „auf ihren Platz zu verweisen“ und der männlichen Dominanz gegenüber Frauen sowie der Verachtung gegenüber der westlichen Kultur und den europäischen Männern Ausdruck zu verleihen.

All diese Verbrechen gegen Frauen, aber auch gegen Männer, werden hierzulande sowohl von der Presse als auch von der

Politik weitestgehend totgeschwiegen, obwohl es eigentlich einen nationalen Aufschrei geben müsste. Zumal sich doch beide angeblich für die Gleichberechtigung und die sogenannte Emanzipation einsetzen, was angesichts des großen Schweigens nur noch eine Lachnummer ist.

Schon im Koran ist in Sure 33 Vers 59 zu lesen, dass Frauen sich etwas von ihrem Gewand herunterziehen sollen, damit sie erkannt und nicht belästigt werden. Mit anderen Worten, die anderen Frauen können eben auch als Freiwild angesehen werden, was wir auch hierzulande zur Genüge erleben müssen.

In der moslemischen Welt kann zudem das Halten von Sexsklavinnen durchaus üblich sein. Schließlich rechtfertigt der Koran in Sure 70 Vers 30 Sex mit Sklavinnen:

Und die, die ihre Sinnlichkeit im Zaum halten, außer gegenüber ihren Gattinnen oder was ihre rechte Hand an Sklavinnen besitzt, denn sie sind hierin nicht zu tadeln.

Schon der Kriegsherr Mohammed hielt sich einige Sklavinnen als Gattinnen, was auch im Koran in Sure 33 Vers 50 festgehalten ist:

O Prophet, Wir haben dir zu heiraten erlaubt: deine Gattinnen, denen du ihren Lohn gegeben hast, das, was deine rechte Hand an Sklavinnen besitzt von dem, was Allah dir als Beute zugeteilt hat.

In der Sira, der Lebensgeschichte des Propheten, ist belegt, dass Mohammed diese Erlaubnis von Allah auch praktisch anwendete, beispielsweise nach dem Überfall auf die Banu Mustaliq im Dezember 627 n.Chr.:

Nach dem Sieg über die Mustaliq wurden die Frauen, Kinder und der Besitz als Beute verteilt. Und Aische, die Gattin des Propheten erzählte folgendes: Als der Prophet die Gefangenen als Beute verteilte, geriet die sehr schöne Djuwairiya in den

Anteil des Thabit ibn Qais. Sie wollte sich selber freikaufen und kam deshalb zum Propheten. Aische sagte, dass sie eine Widerwilligkeit gegen sie empfand, da sie wußte, dass der Prophet Djuwairiya mit den selben Augen sehen würde, wie Aischa sie sah. Und Mohammed sagte: Ich werde das Geld für Deinen Freikauf selber bezahlen, und Dich selber heiraten.

Nach dem erfolgreichen Angriff auf die Banu Quraiza, ebenfalls im Jahre 627, wurden alle männlichen geschlechtsreifen Mitglieder dieses Stammes geköpft. Die Frauen waren Kriegsbeute. In der Sira ist beschrieben:

Nach der Schlacht ließ der Prophet die Gefangenen im Gehöft der bint Harith einsperren, dann ging er zum Markt von Medina, dort wo er noch heute ist, und befahl, einige Gräben auszuheben. Als dies geschehen war, wurden die Quraiza Gruppe für Gruppe geholt und in den Gräben enthauptet. Danach wurden die Kinder, die Frauen und der Besitz unter den Muslimen verteilt. Eine der gefangenen Frauen, Raihana bint Amr, behielt der Prophet für sich selber, und sie blieb in seinem Besitz, bis er starb. Als er ihr vorschlug sie zu heiraten, bat sie ihn, er möge sie lieber als Sklavin in seinem Besitz behalten.

Mohammed verschenkte auch Frauen aus der Kriegsbeute an seine Anhänger. Im Zuge der Angriffe auf Khaibar ist zu lesen:

Eine der Festungen, die fiel, war Qamis. Hier nahm Mohammed einige Frauen gefangen, darunter Safiya und zwei ihrer Cousinen. Safiya nahm der Prophet für sich selber. Dihya vom Stamme Kalb hatte Mohammed gebeten, Safiya ihm zu überlassen. Als Mohammed diese dann aber für sich selber aussuchte, schenkte er dem Dihya die beiden Cousinen. Alle Gefangenen von Khaibar wurden unter den Muslimen verteilt. Der Prophet verbot ihnen aber u.a. Geschlechtsverkehr mit den Schwangeren unter den Gefangenen.

Mohammed erlaubte seinen Kriegern ausserdem den Geschlechtsverkehr mit Frauen von eroberten Stämmen, was in den Hadithen dargestellt ist. Beispielsweise in Sahih al-Bukhari 4138, Buch 64, Hadith 459:

Wir gingen mit dem Boten Gottes gegen die Banu al-Mustaliq und erhielten Gefangene von den arabischen Gefangenen und wir begehrten die Frauen und das Zölibat wurde uns schwer, und wir wollten coitus interruptus (Al-Azl) mit ihnen praktizieren. Und wir sagten: Wie können wir coitus interruptus praktizieren, ohne vorher den Propheten, der unter uns weilt, zu befragen. Wir befragten ihn darüber und er sagte: Es ist besser für euch keinen coitus interruptus zu praktizieren, denn wenn jede Seele prädestiniert ist zu existieren, so wird sie existieren.

Dadurch war der uneingeschränkte Geschlechtsverkehr gestattet. Wenn eine Sklavin davon schwanger wurde, war es eben Allahs Wille. Beschrieben in Sahih Muslim 3384:

Jabir b. Abdullah berichtete, dass ein Mensch den Apostel Gottes befragte: Ich habe ein Sklavenmädchen mit dem ich coitus interruptus (Al-Azl) praktiziere. Darauf antwortet der Bote Gottes: Dies wird nicht verhindern, was Allah beschlossen hat. Darauf antwortete der Mensch: Bote Gottes, das Sklavenmädchen von dem ich sprach, ist schwanger geworden, worauf der Bote Gottes erwiderte: Ich bin der Diener Gottes und sein Bote.

Wenn Sklavinnen bereits mit Ungläubigen oder Polytheisten verheiratet waren, stellte es ebenfalls kein Hindernis für Geschlechtsverkehr dar. Sahih Muslim 1456, Buch 17, Hadith 41:

Abu Said al Khudri berichtete, dass bei der Schlacht von Hanain der Bote Allahs eine Armee zu Autas aussendet, um zusammen mit ihnen zu kämpfen. Nach der Schlacht und nachdem sie Gefangene genommen hatten, schien es, als ob sich die

Kämpfer des Geschlechtsverkehrs mit den gefangenen Frauen enthalten wollten, da ihre Ehemänner Polytheisten waren. Da sendete Allah, der Höchste, betreffend dieser Sache herab: „Und Frauen, die schon verheiratet sind, ausser denen, die deine rechte Hand besitzt“.

Das bedeutet, diese Frauen waren den moslemischen Kriegern zum Geschlechtsverkehr erlaubt. Alle Hadithe sind bei sunnah.com nachzulesen.

Die Sklaverei wird in manchen islamischen Ländern bis heute praktiziert. Wikipedia beschreibt im Eintrag „Sklaverei im Islam“:

Mohammed und seine Zeitgenossen besaßen, erbeuteten, erwarben, verkauften und befreiten Sklaven oder benutzten Sklavinnen als Konkubinen. Über die Jahrhunderte waren der Sklavenhandel und die Sklavenarbeit wichtige Wirtschaftsfaktoren in der islamischen Welt. Sie wurde erst durch die kolonialistische Einflussnahme der europäischen Staaten, die sich ab dem frühen 19. Jahrhundert bemerkbar machte, schrittweise in den meisten muslimischen Staaten abgeschafft. Bis heute existieren aber in einzelnen mehrheitlich islamischen Ländern sklavereiähnliche Rechtsverhältnisse fort.

So wurde im Osmanischen Reich 1854/55 auf Druck der europäischen Großmächte ein Edikt zum Verbot des Sklavenhandels erlassen. Daraufhin kam es allerdings zu Protesten u.a. von Händlern im Hedschas (westlicher Teil von Saudi-Arabien, wo sich Mekka und Medina befinden), die das Verbot der Sklaverei als anti-muslimisch verurteilten. Im Auftrag des Scherifen gab der führende Gelehrte von Mekka eine Fatwa heraus, in der die Türken zu Apostaten erklärt wurden, und er rief zum Dschihad gegen sie auf. Als es daraufhin zu einem anti-osmanischen Aufstand kam, wurde der Hedschas in dem osmanischen Erlaß von 1857, der die Sklaverei verbot,

ausgenommen.

Da diese Verbrechen an Frauen in Koran, Sira und Hadithe als Normalität hingestellt werden, ist die Verantwortung des Politischen Islams für das diesbezügliche Verhalten nicht weniger Moslems eben nicht von der Hand zu weisen. Es lässt sich auch nicht durch schöngeistiges Gerede verändern.

Diese Taten des Frauenhasses sind also keine bedauerlichen „Einzelfälle“ von „psychisch Kranken“, wie immer wieder gebetsmühlenartig wiederholt wird, sondern sie sind Bestandteil des Programms. Für dieses Klientel sind unsere Gesetze und unser Strafmaß ohnehin nur lächerlich und eine Gesellschaft, die sich weigert, die Frauen des eigenen Landes vor Gewalt zumal von Fremden zu schützen, ist für sie nichts als ein Haufen voller Schwächlinge und/oder ehrloser Hunde. Und weil das so ist, wird die Bevölkerung dieses Landes samt ihrer Ordnungskräfte bestenfalls respektlos, verdeckt aggressiv und/oder übergriffig behandelt.

Und obwohl dies viele Politiker wissen, glauben sie in ihrer ideologischen Verblendung und in ihrem Multikultiwahn, der – wie die Geschichtsbücher uns lehren – immer in den eigenen Untergang führt, dass sie dieses Klientel mit Reden vom Humanismus, Menschenrechten, Gleichberechtigung und bunten Fahnen bekehren können. Diese Wahnvorstellung wird auf dem Rücken der einheimischen Frauen ausgetragen, die sie dafür großzügig ans Messer liefern.

Neben Politikern und einer Presse, die nicht Willens sind, die Stimme für die eigene Bevölkerung zu erheben, hat ausserdem ein Konglomerat aus verschiedenen Faktoren zu der katastrophalen Situation in diesem Land geführt: Eine entgleiste Gerichtsbarkeit der internationalen Gerichtshöfe sowie des EuGHs mit seiner obzönen Auslegung der Genfer Flüchtlingskonvention und der europäischen Menschenrechtskonvention, die alle schützt, nur nicht die eigenen Bürger der entsprechenden Länder. Wir haben ausserdem

einen Wildwuchs an Vereinen, Organisationen, NGOs und Beratern, die versuchen, z.B. mit jahrelangen Prozessen, jedes Asylverfahren mit negativem Ausgang zu verhindern, und wir haben die Sogwirkung durch die sozialen Leistungen.

Aus der Not der einheimischen Bevölkerung heraus, wurde nun in Österreich, das unter dem selben Problem leidet wie Deutschland, zum Schutz der einheimischen Bevölkerung ein Zehn-Punkte-Programm zur Abwehr von Gewalttaten durch Asylanten/Migranten ausgearbeitet, das sinnvoll und effektiv ist und von einem normalen Menschenverstand zeugt, wie z.B:

- Sofortiger Abbruch des Asylverfahrens/Migrantentitels von straffälligen Asylbewerbern/Migranten bei jeder Form einer Straftat und sofortige Ausserlandesbringung.
- Aberkennung des Asylstatus/Migrantentitels bzw. sonstiger Schutztitel bei jeder Form von Straftat und sofortige Ausserlandesbringung.
- Einführung der Sicherungshaft für gefährliche Asylbewerber/Migranten.
- Abschiebungsoffensive auch nach Syrien und Afghanistan.
- Regelmäßige Überprüfung der Aktualität der Fluchtgründe von Asylbewerbern/Migranten.
- Umsetzung von Rückführungszentren in Drittstaaten.

Es wäre dringend zu empfehlen, dass sich Deutschland an dem Vorbild Österreich orientiert, um einen internationalen Paradigmenwechsel zu erreichen. So sollten keine Asylanträge mehr auf europäischem Boden gestellt werden dürfen, ausser von Personen, die aus unmittelbaren Nachbarländern stammen.

Der Inhalt dieses Briefes ging an folgende Politiker:

Olaf Scholz SPD Bundestag

Armin Laschet CDU Landtag NRW

Annalena Baerbock Grüne Bundestag
Christian Lindner FDP Bundestag
Markus Söder CSU
CSU Landtag
Annegret Kramp-Karrenbauer CDU Bundestag
Ralph Brinkhaus CDU
Fraktion CDU/CSU Bund
Wolfgang Kubicki FDP
SPD Fraktion Bund
Partei Vorstand SPD Bund
Ruprecht Polenz CDU Bundestag
Steffen Seibert CDU
Günter Krings CDU Mönchengladbach und Berlin
Elmar Brok CDU EU-Parlament
Ursula von der Leyen Europäische Kommission Brüssel
Die Basis Vorstand
Die Frauen – feministische Partei
Links-Fraktion Bund

An alle Politiker erging die Aufforderung zu einer Antwort betreffend der von ihnen geplanten Gegenmaßnahmen. Vom Büro Merkel kam die Antwort, das Schreiben solle an das Ministerium des Inneren gesendet werden, was erfolgte. Horst Seehofer hat diesen Brief somit ebenfalls erhalten.

Die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) wird an diesem Thema weiter dranbleiben.